LTWP-3

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesvorstand Rheinland-Pfalz (dort beschlossen am: 16.09.2025)

Titel: **ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 - Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten

Gerechtigkeit ist das Fundament eines starken und solidarischen Miteinanders. Für uns heißt gerecht gestalten, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz – unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Einkommen – gleiche Chancen haben. Bildung ist dafür der Schlüssel: Wir wollen, dass jedes Kind die bestmögliche Förderung bekommt, ob in der Kita, in der Schule oder in der Ausbildung. Weiterbildung soll für alle möglich sein. Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich ausprobieren und mitgestalten können. Arbeit muss fair bezahlt werden.er Unterstützung braucht, muss sie zielgenau bekommen. Familien brauchen verlässliche Betreuung, Pflegekräfte faire Arbeitsbedingungen, Menschen mit Behinderungen volle und gleichberechtigte Teilhabe. Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ein, die wohnortnah und am Menschen orientiert ist und für einen starken Verbraucherschutz, der Sicherheit gibt. Antidiskriminierung, Gleichstellung und die Rechte von Frauen genauso wie von queeren Menschen sind für uns unverhandelbar. Integration bedeutet für uns, dass Zugezogene hier im Land ein Zuhause finden und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Gerechtigkeit zeigt sich nicht in großen Worten, sondern im gelebten Alltag, der für alle funktioniert – und dafür machen wir GRÜNE Politik.

Kinder und Familie

Familie und Beruf unter einem Hut

Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb setzen wir uns für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Arbeitsrecht, das zu unterschiedlichen Lebensphasen passt und für eine familienfreundliche Unternehmenskultur. Wer Angehörige pflegt, soll eine gesetzlich verankerte Pflegezeit bekommen. Kinderkrankentage sollen wie normale Arbeitstage voll bezahlt werden.. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Genauso wie für eine Reform des Elterngelds. Wir wollen, dass längere Elternzeiten auch für Väter attraktiver werden. Auch unsere Landesverwaltung soll familienfreundlicher werden: mit mehr 75 %-Stellen und Führungsjobs in Teilzeit.

Familien entlasten – finanziell und im Alltag

Wohnen, Mobilität, Freizeit: Jede Familie braucht Platz, Zeit und Bewegungsspielraum. Für einen guten Start ins Leben führen wir eine Familienbox zur Geburt ein, ein Startset mit allem, was in den ersten Lebensmonaten des Kindes benötigt wird. Die Familienkarte in Rheinland-Pfalz machen wir automatisch für alle verfügbar. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderprodukte geringer besteuert werden. Und wir sagen klar: Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft. Familienpolitik muss sich an Kindern orientieren – nicht an alten Rollenbildern.

Kinderarmut beenden, Kinderrechte stärken

Jedes Kind soll ohne Armut aufwachsen. Ob in Freizeit, Sport oder der Kunst: Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Wir wollen eine echte Kindergrundsicherung genauso wie höhere Leistungen für Bildung und Teilhabe und setzen uns dafür auf Bundesebene verstärkt ein.

Kinder sollen mitreden können: in der Kita, in der Schule, im Alltag, in der Kommune. Das Recht von Kindern zur politischen Beteiligung gehört ins Grundgesetz und in unsere Landesverfassung. Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass Jugendbeteiligung heute fester Bestandteil der Gemeindeordnung ist. Kinderbeteiligung soll genauso selbstverständlich werden.

Hilfe für Familien in herausfordernden Lebenssituationen

Wenn das Leben aus dem Gleichgewicht gerät, braucht es schnelle Unterstützung. Wir bauen Anlaufstellen für Familien in Not aus und stärken und vernetzen Familienzentren, familienorientierten Verbraucherschutz und die

Schuldnerberatung. Das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ bringen wir in alle Geburtskliniken in Rheinland-Pfalz und wir schaffen mehr Stellen für Familienhebammen. Frühe Hilfen sollen bis zum sechsten Lebensjahr weitergeführt werden. Personen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir eine verlässliche wohnungs- und beratungsbezogene Unterstützung bieten, um einen gleichberechtigten Start ins Erwachsenenleben zu sichern.

Familien mit einem Kind oder Elternteile mit Behinderung stehen im Alltag vor besonderen Herausforderungen. Eltern mit Behinderungen wollen wir durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Elternassistenz unterstützen, damit sie ihre Erziehungsaufgaben selbstbestimmt und gleichberechtigt wahrnehmen können.

Gemeinsam mit anderen Bundesländern haben wir uns im Bundesrat dafür eingesetzt, dass auch Pflegeeltern Elterngeld bekommen. Wir werden weiter auf die Umsetzung drängen.

Kinder besser schützen

Jedes Kind soll gewaltfrei aufwachsen – dafür setzen wir uns ein. Mit dem landesweiten Pakt gegen sexualisierte Gewalt sind wir neue Wege gegangen. Mit dem bundesweit ersten Betroffenenbeirat haben wir eine unersetzliche Perspektive von Fachleuten, deren Empfehlungen wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen. Darüber hinaus setzen wir mit dem Amt eines/einer Landesbeauftragten gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bei der Landesregierung einen Meilenstein für die politische Vertretung von betroffenen Kindern und Jugendlichen im Kampf gegen sexuellen Missbrauch.

Wir wollen, dass bis spätestens 2029 überall, wo mit Kindern gearbeitet wird – ob in der Schule, im Verein oder im Ferienlager – ein verbindliches Schutzkonzept vorliegt. Dafür stärken wir die Fachkräfte, vor allem in den Kinderschutzdiensten, aber auch im pädagogischen Landesinstitut. Polizei und Justiz werden wir weiter schulen, damit sie kindgerecht arbeiten können. Wir verbessern die Prozesse in Gerichtsverfahren mit Kindern, die sexualisierte Gewalt erleben mussten. Und wir stärken die Kinderschutzdienste im Land. Wir bauen die Opfer- und Entschädigungsberatung aus und sichern die Weiterfinanzierung der „Nummer gegen Kummer“. Denn: Kein Kind soll mit seinem Trauma allein bleiben.

Frühkindliche Bildung

Jedes Kind verdient eine liebevolle, verlässliche und wohnortnahe Kita – mit Herz, Qualität, gesundem Essen und Raum zum Entfalten. Dafür schaffen wir ausreichend Kita-Plätze und gewinnen mehr qualifiziertes Personal durch eine flächendeckend berufsbegleitende Ausbildung, Anerkennung ausländischer

Abschlüsse und gezielte Fortbildungen.

Starke Fachkräfte – starke Kitas

Gute Betreuung braucht gute Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen für faire Bezahlung, mehr Zeit für die Leitung einer Kita und die Anleitung von Auszubildenden. Zudem sorgen wir für einen besseren Personalschlüssel, der Hand in Hand mit der Fachkräftegewinnung geht. Außerdem setzen wir auf starke Trägerstrukturen und unterstützen Trägerzusammenschlüsse. So sichern wir Qualität, entlasten Fachkräfte und machen den Beruf attraktiver.

Kitas als Familienorte

Kitas sollen Orte der Begegnung für Kinder und Eltern sein. Deshalb bauen wir Familienzentren aus und stärken die Kita-Sozialarbeit. Für echte Teilhabe setzen wir auf inklusive Bildung von Anfang an und sorgen dafür, dass die Kitas im Land diese Aufgabe auch meistern können.

Ein guter Start in die Schule

Kinder sollen mit Mut und Freude in die Schule starten. Durch frühzeitige Förderung, gezielte Sprachbildung und verlässliche Strukturen schaffen wir einen fließenden Übergang von der Kita in die Grundschule

Schule

Für einen kindgerechten Ganztag

Ganztagsschulen sind mehr als Betreuung. Sie brauchen Angebote, die Kinder begeistern – mit Musik, Bewegung, Natur und Kunst. Dafür setzen wir auf starke Kooperationen, Partizipation aller am Ganztag Beteiligten – insbesondere der Kinder – und auf gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte. Der Ganztag soll nicht überfordern, sondern bereichern.

Gute Räume fürs gute Lernen

Gute Bildung braucht gute Lernorte, nicht stinkende Toiletten oder überhitzte Räume im Sommer. . Wir setzen uns für moderne, barrierefreie Schulgebäude mit Rückzugsorten, grünen Schulhöfen und Raum für kreatives Lernen ein. Ein landesweites Sanierungsprogramm ist daher ein Muss.

Lehrkräfte entlasten und Talente fördern

Unsere Schulen brauchen motivierte, gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte. Diese brauchen Zeit für das Wesentliche: die Schüler:innen. Deshalb wollen wir sie von Bürokratie entlasten, multiprofessionelle Teams ausbauen und eine moderne und vor allem praxisnahe Ausbildung ermöglichen. Wer unterrichtet, soll gut vorbereitet sein – fachlich, pädagogisch und menschlich. Daher wollen wir Studium und Schulalltag im Rahmen eines praxisnahen Stufenlehramts eng miteinander verzahnen. Wir werden die Lehrpläne entschlacken, die Stundentafeln entzerren und den Lehrkräften so mehr Freiheiten geben, den Schüler:innen das nahe zu bringen, was sie auch wirklich interessiert. Statt auf Noten und Klausuren setzen wir auf konstruktive Rückmeldungen, aus denen sich wiederum der weitere Unterricht ableitet. Auch machen wir uns weiter für ein einheitliches Einstiegsgehalt aller Lehrkräfte stark: A13 für unsere Grundschullehrkräfte ist in Rheinland-Pfalz längst überfällig.

Schule als Ort des Miteinanders

Bildung ist mehr als Wissen. Schule muss ein sicherer Ort sein, an dem sich alle wohlfühlen. Soziales Lernen, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Zivilcourage stehen ganz oben auf den Lehrplänen. Inklusion ist dabei für uns kein Extra – sie ist ein Menschenrecht. Jedes Kind verdient die Förderung, die es braucht. Inklusive Schulen, in denen alle Kinder gemeinsam lernen, bieten dafür die besten Voraussetzungen. Wir wollen die Zahl der Integrierten Gesamtschulen deutlich steigern. Wir sind davon überzeugt, dass alle Schüler:innen von Vielfalt profitieren und werden uns weiter dafür einsetzen, dass es künftig keine sogenannten Brennpunktschulen mehr gibt. Stattdessen setzen wir auf sozial durchmischte Klassen, in denen alle miteinander und voneinander lernen.

Wenn ein erfolgreicher Schulabschluss gefährdet ist, handeln wir früh mit gezielter Förderung im Ganztag. Wir wollen, dass niemand durch das Raster fällt. Deshalb erfassen wir Bildungsverläufe besser und begleiten Jugendliche verlässlich – auch nach der Schulzeit. Wir wollen keinen jungen Menschen ohne Abschluss zurücklassen.

Digitalisierung sinnvoll nutzen – Digitale Lernmittelfreiheit für Alle

Wir gestalten Schule im digitalen Zeitalter mit dem Ziel, dass Unterricht wieder Spaß macht. Dafür sorgen moderne Infrastruktur, Support bei Problemen und eine gute Ausstattung für alle. Ebenso wichtig sind Lehrkräfte, die digitale Werkzeuge sinnvoll einsetzen können. Dabei geht es nicht nur um Technik, sondern auch darum, junge Menschen zu selbständigem, kritischem Denken zu befähigen. Das Lernen wird so interaktiver, barrierefreier und alltagsnäher. Schulbücher wollen wir mehr und mehr durch kostenfreie digitale Medien ersetzen. In

Schulbibliotheken sollen Bücher unbürokratisch ausgeliehen werden können.

Ausbildung und berufliche Bildung

Duale Ausbildung stärken

Das System der dualen Ausbildung ist einzigartig in Deutschland. Es bereitet junge Menschen praxisnah auf das Berufsleben vor. Wir setzen uns für gut ausgestattete Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten ein. Gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben und Kammern setzen wir auf moderne und zukunftsfähige Ausbildungsrahmenpläne. Die überbetriebliche Ausbildung wollen wir sichern und ausbildende Betriebe dabei unterstützen.

Mehr Praxis in den Schulalltag

Schüler:innen sollen eigene Interessen entdecken und stärken dürfen. Wir ermöglichen allen Schulen, Praxistage fest in den Schulalltag einzubinden. So geben wir jungen Menschen früh die Chance, eigene Talente und Interessen zu erkennen und eine klare Perspektive für ihren Berufsweg zu entwickeln. Auch die Möglichkeit einer dualen Oberstufe wollen wir modellhaft erproben und so jungen Menschen die Chance geben, gleichzeitig Abitur und Gesellenbrief zu erwerben. Dafür fördern wir Pilotprojekte mit engagierten Schulen und Betrieben – orientiert an erfolgreichen Modellen aus anderen Bundesländern.

Raum für Entwicklung–Ein Jahr für andere, ein Jahr für sich

Manchmal braucht das Lernen eine Pause, insbesondere in der Pubertät. Viele Jugendliche spüren in dieser Zeit, dass sie Abstand brauchen – nicht, um aufzugeben, sondern um sich weiterzuentwickeln. Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit geben, nach neun Schuljahren einen Freiwilligendienst zu leisten – ob im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich – und im Anschluss wieder zur Schule zurückkehren zu können. So schaffen wir eine freiwillige Auszeit mit Sinn und helfen Jugendlichen, gestärkt und orientiert in die Schule zurückzukehren.

Bildungsgerechtigkeit für alle

Bildung muss zu unterschiedlichen Hintergründen und Biografien passen. Nicht alle durchlaufen ihre schulische Laufbahn in der Regelzeit. Auch junge Geflüchtete und andere, die wegen Krankheit oder sonstigen Umständen zeitliche Verzögerungen hinnehmen müssen, brauchen eine echte Perspektive. Wer nicht mehr schulpflichtig ist, soll trotzdem lernen dürfen. Wir setzen uns für ein Recht auf Schule bis 25 ein – damit alle, unabhängig von Herkunft und Alter, eine

faire Chance auf Bildung und Zukunft haben.

Weiterbildung

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind Teil von Daseinsvorsorge

Gemeinwohlorientierte Weiterbildung ist ein öffentliches Gut und ein Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Sie darf nicht auf Erwerbsorientierung und -verwertbarkeit reduziert werden. Lebenslanges Lernen ist ein Grundrecht und entscheidend für unsere Zukunft. Egal ob für den nächsten Karriereschritt oder den Einstieg in einen Beruf mit Zukunft, Weiterbildung stärkt die Menschen und unser Land.

Ein modernes Weiterbildungsgesetz für gerechten Zugang

Ob Menschen endlich flüssig lesen lernen, den versäumten Schulabschluss nachholen oder sich im Beruf weiterentwickeln – in Zeiten des Fachkräftemangels brauchen wir Menschen, die Lust auf Neues haben. Wir GRÜNE wollen die Weiterbildung daher moderner und für alle zugänglich machen. Eine verlässliche Finanzierung, qualifizierte Lehrende, kontinuierliche Fortbildung und faire Honorare bilden hierfür die Grundlage. Dafür planen wir ein neues Weiterbildungsgesetz, das den aktuellen Herausforderungen auch gerecht wird. Es soll dafür sorgen, dass Weiterbildung überall möglich ist – in der Stadt genauso wie auf dem Land, digital und analog. Auf diese Weise wird das Lernen flexibler und leichter erreichbar. Zudem setzen wir uns weiter dafür ein, dass Weiterbildungsangebote unabhängig vom Geldbeutel wahrgenommen werden können. Auch deswegen sollen diese Angebote von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

Jugend

Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt von GRÜNER Politik

Jugendbeteiligung ist kein Extra, sondern Grundsatz. Mit dem bundesweit ersten Landesjugendbeirat haben wir begonnen – jetzt gehen wir weiter: Wir stärken seine Rechte und beziehen junge Menschen insgesamt systematischer als bisher in die Landespolitik ein. Alle Gesetze werden künftig mit einem Jugendcheck geprüft. Diesen führen wir im Rahmen eines Jugendbeteiligungsgesetzes ein, mit welchem wir Beteiligung auf kommunaler Ebene einheitlich regeln und eine Beratungsstelle für Jugendbeteiligung auf Landesebene einrichten. Das Jugendklimaforum führen wir fort.

In jeder Kommune soll Jugendbeteiligung verbindlich sein. Dafür braucht es

Ansprechpersonen, eigene Budgets und klare Rechte, wie Rede- Anhörungs- und Antragsrecht. Deswegen richten wir ein Kommunales Investitionsprogramm zur Jugendförderung und Teilhabe (KIJugend) ein, das Kommunen gezielt bei innovativen Projekten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützt. Wir machen die Reform der Gemeindeordnung zu einem Hebel für echte Mitbestimmung. Den Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen als starken Akteur für Jugendbeteiligung vor Ort wollen wir weiter fördern.

Die besten Innovationen gehen oft von jungen Menschen aus. Wir wollen das anerkennen und fördern innovative Projekte von und mit Jugendlichen mit einer fondsfinanzierten Förderung.

Wir möchten, dass die Stimme von jungen Menschen politisches Gewicht bekommt. Auch wenn unsere Initiative zur Senkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre bisher an der gesetzlichen 2/3-Mehrheit scheiterte, lassen wir nicht locker und kämpfen weiter für eine Absenkung des Wahlalters in Rheinland-Pfalz.

Starke Jugendarbeit – starke Demokratie

Jugendarbeit ist Rückhalt, Bildung und Gemeinschaft. Wir bauen die eigenständige Jugendpolitik durch die Jugendstrategie JES weiter aus. Wir vereinfachen die Förderstruktur und erhöhen die Mittel für Freizeiten, politische Bildungsmaßnahmen und Schulungen für ehrenamtlich Mitarbeitende. Ehrenamtliche stärken wir mit besserer Bezahlung bei Verdienstausfall und gezielter Qualifizierung. Wir fördern Jugendräume als zweckfreie Rückzugsorte für junge Menschen und eine Struktur der Beteiligung vor Ort. Im ländlichen Raum fühlen sich Jugendliche oft abgehängt. Gerade hier braucht es konsumfreie Orte, wo Jugendliche sich treffen können.

Schutz und Prävention von sexualisierter Gewalt

Wir setzen den Pakt gegen sexualisierte Gewalt konsequent um. Dafür schaffen wir Personalstellen, unterstützen Schutzkonzepte in allen Einrichtungen und schulen ehrenamtlich Engagierte.

Echte Freiwilligkeit beim Freiwilligendienst

Freiwilligendienste sollen freiwillig bleiben. Wir sorgen dafür, dass alle, die einen Freiwilligendienst absolvieren wollen, dies unabhängig vom Geldbeutel oder Wohnort tun können. Mit besserer Bezahlung, mehr Mobilitätsgeld und einem Zugang auch für Jugendliche mit Berufsreife. Die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.

Alltag bezahlbar machen: Wohnen und Mobilität

Azubis, Studierende, aber auch junge Menschen aus der Jugendhilfe sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir schaffen neue Angebote und fördern günstige Mietmöglichkeiten. Für alle, die wenig Geld haben, machen wir Mobilität leichter – mit einem vergünstigten Deutschlandticket für Studierende, Azubis, Freiwilligendienstleistende und Inhaber:innen der Ehrenamtskarte oder Juleica. Und einem besseren Busangebot auch im Nachtverkehr.

Arbeit

Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt

Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder, um arbeiten gehen zu können oder ihre Stunden aufzustocken. Wir wollen eine flexible Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie ihre persönliche Vollzeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden aussieht. Angebote wie die Vier-Tage-Woche wollen wir fördern, um auch Freiräume für ehrenamtliches Engagement oder familiäre Aufgaben zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für einen Anspruch auf eine Pflegezeit ein, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Zur Unterstützung von mobilem Arbeiten wollen wir dezentrale Co-Workingspaces fördern.

Fachkräftepotenzial ausschöpfen

Der Fachkräftebedarf ist nach wie vor groß. Deshalb müssen wir die besten Ausgangsbedingungen schaffen, die allen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. Insbesondere bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, Menschen mit Migrationserfahrung, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und jungen Menschen ohne Abschluss sind diese ungenutzten Potenziale vorhanden. Die Programme “Bedarfsgemeinschaftscoaching”, “Jobfux”, “Jugendberufsagenturen”, “JobAction”, “Jobcoach24+” und “Frauen aktiv in die Zukunft” wollen wir deshalb ausbauen. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen wollen wir in die Fachkräftestrategie aufnehmen. Die Vermittlung gerade von langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt setzen wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern durch eine personalintensive Begleitung kontinuierlich um. Für einen verlässlichen Öffentlichen Dienst wollen wir GRÜNE ein modernes Beamtenrecht, das Aufstiegschancen, familienfreundliche Bedingungen, flexible Arbeitszeitmodelle und den erleichterten Quereinstieg bietet. Mit der Einführung einer pauschalen Beihilfe schaffen wir echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung und erhöhen so Fairness, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz.

Arbeitsschutz ausbauen

Um die Arbeitskraft der Fachkräfte zu erhalten, müssen wir auch ihre Gesundheit schützen. Daher wollen wir das Personal bei den Arbeitsschutzkontrollen des Landes aufstocken und gesundheitspräventive Maßnahmen im engen Dialog mit den Arbeitnehmer:innen-Vertretungen fördern. Wir möchten auch Beratungsangebote für entsandte Beschäftigte zum Schutz vor schlechten Arbeitsbedingungen und Ausbeutung, besonders in den Sektoren Logistik, Bau, Landwirtschaft und der sogenannten 24-Stunden-Pflege, stärken.

Tariftreue belohnen

Menschen, die nach Tarifvertrag beschäftigt werden, haben nachweislich bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir als Land unsere Marktmacht bei der Auftragsvergabe nutzen und nur noch Unternehmen beauftragen, die Tariftreue garantieren. Darum reformiert die Landesregierung derzeit das Landestariftreuegesetz (LTTG). Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir diesen Weg weitergehen und auch die Vergabeordnung anpassen.

Soziales

Armut bekämpfen

Wir stehen an der Seite von Menschen, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Wir wollen Menschen helfen und nicht mit Sanktionen von der Gesellschaft ausgrenzen. Konkret auf Landesebene wollen wir darum die Förderung der Schuldnerberatungsstellen weiter ausbauen. Mit den Clearingstellen Krankenversicherung unterstützen wir Menschen ohne Versicherung dabei, (wieder) Zugang zur Krankenversicherung zu bekommen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir mit einem weiteren Standort in Trier stärken. Leider gelingt es nicht immer, Menschen rechtzeitig in eine Krankenversicherung zu vermitteln. Deshalb fördern wir insbesondere die schnelle und unbürokratische medizinische Versorgung von Schwangeren ohne Krankenversicherung. Perspektivisch streben wir auch für alle Menschen ohne Krankenversicherung, die dringend medizinische Versorgung benötigen, einen Notfallfonds nach diesem Modell an.

Gemeinwesen und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen

Um Menschen in armutsgefährdeten Quartieren und Dörfern niedrigschwellig zu erreichen, wollen wir die Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für Modellversuche mit sozialen Servicebüros in den Kreisen und kreisfreien Städten ein, die alle soziale Leistungen der Kommune, des Landes und des Bundes bündeln. Dort sollen

Leistungsansprüche proaktiv kommuniziert werden. Denkbar sind auch monatliche Familientage zur niedrigschwelligen Information über mögliche Leistungen.

Kommunale Sozialpässe und Sozialticket für Mobilität und Teilhabe

Als Land wollen wir die Einführung kommunaler Sozialpässe für Menschen in Grundsicherung unterstützen. Auch ein Sozialticket für Grundsicherungsempfänger:innen, das nicht mehr kostet als der Regelbedarf für Mobilität, wollen wir landesweit fördern. Bundesweit setzen wir uns weiter für eine Kindergrundsicherung, eine wirksame Grundsicherung und einen Klimabonus ein.

Gemeinsam gegen Einsamkeit – Mehr soziale Integration

Immer mehr Menschen fühlen sich einsam in ihrem Leben. Die Folgen der Corona-Pandemie und die Digitalisierung haben dies weiter verstärkt. Besonders betroffen sind junge Erwachsene, ältere Menschen, Alleinerziehende, queere Menschen, Menschen mit Migrationserfahrung sowie Menschen, die von Armut bedroht sind. Wir wollen die bestehenden Projekte für ältere Menschen ausbauen und verstärkt auch Projekte für die größer werdende Gruppe der einsamen jungen Menschen aufbauen. Dabei haben wir alle genannten Zielgruppen im Blick. So wollen wir Mehrgenerationenhäuser in den Kommunen fördern und gesellschaftliche Räume der Vernetzung (z.B. Jugendhäuser) für Menschen jeglicher sozialer Herkunft und besonders im ländlichen Raum ausbauen.

Sprachförderung, Nachbarschaftshilfe, Generationentreffs, Kultur: Wir wollen die Bedürfnisse der Menschen in ihrem Sozialraum gemeinsam erkennen und erfüllen..

Bestattungen zeitgemäß ermöglichen

Das neue Bestattungsgesetz schließt moderne, vielfältige Wege der Bestattung ein. Es ermöglicht individuelle Abschiede und achtet religiöse wie weltanschauliche Überzeugungen. Damit sind wir einen wichtigen Schritt in Richtung einer zeitgemäßen Trauer- und Bestattungskultur gegangen.

Inklusion

Inklusiver Landesdienst

Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst wollen wir durch zusätzliche Stellen und eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit Maßnahmen und zentralem Controlling fördern. Dabei streben wir eine

Beschäftigungsquote von sechs Prozent an. Wir wollen Inklusionsbetriebe und -abteilungen des Landes schaffen.

Inklusiver Arbeitsmarkt

Wir wollen die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im regulären Arbeitsmarkt erleichtern. Die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen muss die Ausnahme bleiben und besser bezahlt werden. Dafür soll modellhaft ein zeitlich begrenzter Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte erprobt werden. Das Land soll verbindliche Inklusionsvereinbarungen mit den Werkstätten für behinderte Menschen abschließen und diese Maßnahmen durch Fördermittel des Europäischen Sozialfonds absichern. Inklusionsfirmen wollen wir weiter ausbauen und die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen um mindestens 25 Prozent steigern. Aufträge und Vergaben des Landes sollen nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen möglich sein. Personenzentrierung und Alternativen zur Tagesförderstätte bauen wir aus.

“Nicht über uns, ohne uns”

Menschen mit Behinderungen brauchen eine kraftvolle Selbstvertretung mit professionellen Strukturen, um ihre Interessen und Belange selbst vertreten zu können.

Unser Ziel sind kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte in allen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie in mehr Verbandsgemeinden. Hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte fördern wir.

Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) werden wir weiter vernetzen und mit landesweiten Werbeaktionen bekannter machen. Dabei machen wir die Kompetenzstärkung im Bereich psychisch erkrankter Menschen verpflichtend. Wir stärken die Kompetenzen der unabhängigen Besuchskommissionen für Einrichtungen und Angebote für Menschen mit Behinderungen.

Barrierefreies Rheinland-Pfalz

Wir fördern niedrigschwellige barrierefreie Mobilitätsangebote im ganzen Land. Die im Landesinklusionsgesetz festgeschriebene Landesfachstelle Barrierefreiheit werden wir einrichten und ein Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit aufbauen.

Wir fangen bei unseren Landesgebäuden an und machen Hochschulen/Universitäten und Polizeigebäude umfassend barrierefrei.

Auch die digitale Barrierefreiheit des Landes bauen wir weiter aus, die

Klagemöglichkeit der Verbände der Menschen mit Behinderungen schärfen wir. Die Förderung von digitalen Technologien und Vorhaben werden von der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen abhängig gemacht.

Wir wollen die Gebärdensprachdolmetscher:innen-Versorgung im Land sicherstellen und dafür einen gemeinsamen Studiengang mit Baden-Württemberg entwickeln.

Ferien- und Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung wollen wir weiter ausbauen.

UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Den Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention schreiben wir fort. Nach einem breiten Beteiligungsprozess wird er bereits zur Mitte der Wahlperiode vorliegen. Das bestehende und neue Landesrecht soll konsequent auf die Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und angepasst werden.

Wir unterstützen das Vorhaben, die Kinder- und Jugendhilfe umfassend zu reformieren. Dabei sollen alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt werden.

Verbraucher:innenschutz

Energieeffizienz und Schulden –neue Herausforderungen anpacken

Fossile Energie wird teurer, Betrug rund um das Thema Wärme- und Energieversorgung nimmt im Netz zu. Wir GRÜNE wollen, dass die Energie- und Wärmewende in den Haushalten gelingt. Deshalb sollen Strom- und Wärmesperren oder sogar Energieverschuldung gar nicht zustande kommt. Dafür wollen wir die Energie- und Schuldner:innenberatung durch die Verbraucherzentrale weiter stärken und ausbauen – damit Menschen frühzeitig erreicht werden, überteuerte Tarife leichter erkennen und rechtzeitig wechseln können.

Digitale Räume in Zeiten von künstlicher Intelligenz – Schutz im Netz garantieren

Viele Betrugsfälle im Netz entstehen durch falsche Identitäten. Wir setzen uns für eine technisch sichere Umsetzung der eIDAS 2.0 Verordnung und der EU-Digitale Brieftasche (European Digital Identity Wallet) ein, damit Nutzer:innen vor Phishing, Identitätsdiebstahl und Fake-Shops durch sichere digitale Ausweise geschützt werden. Der Bund soll dafür sorgen, dass diese Systeme von staatlichen

Stellen und nicht durch private Anbieter betrieben werden. Nur so bleiben die Daten geschützt und die Kontrolle bei den Menschen. Künstliche Intelligenz verändert vieles. Wer von KI getäuscht oder benachteiligt wird, verdient Schutz. Wir GRÜNE wollen klare Regeln und eine starke Beschwerdestelle in Rheinland-Pfalz. Dafür sorgen wir für die finanziellen und personellen Ressourcen im Haushalt.

Verbraucherbildung von Anfang an – in der Schule, im Alltag

Junge Menschen brauchen Orientierung in einer Welt voller (Des)Informationen, unkontrollierter Werbung und digitaler Angebote. Damit sie selbstbestimmt entscheiden können, machen wir Verbraucher:innenbildung ab Klasse 9 zum festen Bestandteil im Unterricht. Lehrkräfte erhalten praxistaugliche Materialien und gezielte Fortbildungen. Dafür stellen wir die Mittel für erste Pilotprojekte bereit. So stärken wir Medienkompetenz und schützen von klein auf vor Kostenfallen und Manipulation.

Verbraucherzentrale stärken – direkte Beratung ausbauen

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz ist eine unerlässliche Partnerin an der Seite der Menschen. Wir wollen den Ausbau ihrer Angebote vor Ort unterstützen, vor allem dort, wo es bisher keine Anlaufstellen gibt, damit Jung und Alt erreicht werden. Dafür setzen wir auf mobile Pop-up-Beratungen, vor allem in ländlichen Regionen, sowie auf aufsuchende Hilfe und mehr digitale Angebote. Ein wichtiger Meilenstein war und ist die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale, die wir auch weiter sichern möchten.

Gesundheit

Starke Krankenhäuser vor Ort

Bund und Länder haben eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg gebracht. Wir wollen die dafür nötigen Veränderungen in Rheinland-Pfalz schnellstmöglich umsetzen, mit dem Ziel, alle Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu behandeln. Alle notwendigen Geburtskliniken müssen erhalten bleiben. Dort, wo jetzt schon eine Versorgungslücke besteht, sollen “Regiokliniken” entstehen, die ambulante, stationäre und pflegerische Angebote vereinen. Wir setzen uns bei der Umsetzung der Reform und der Investitionskosten für ein Benachteiligungsverbot stationsersetzender Versorgungsformen ein.

Geburtshilfe stärken – Hebammen unterstützen

Schwangere und ihr Kind brauchen zum Schutz ihrer Gesundheit vor, während und

nach der Geburt die bestmögliche Versorgung. Die Hebammenzentralen und hebammengeleiteten Kreißsäle in Rheinland-Pfalz haben diese Versorgung verbessert, deshalb wollen wir sie auch in weiteren Regionen des Landes fördern. Zur Unterstützung der ambulanten Hebammenversorgung, insbesondere in strukturschwachen Regionen, wollen wir eine flächendeckende, pauschale Niederlassungsförderung einführen. Wir setzen uns für eine faire Bezahlung der Hebammen und beste Rahmenbedingungen für eine 1:1-Betreuung bei der Geburt ein.

Psychische Gesundheit fördern

Psychisch erkrankte Menschen brauchen schnell psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung. Eine Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene ist dringend notwendig, um mehr Kassensitze für Therapeut:innen zu schaffen. Insbesondere die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und junge Erwachsene muss verbessert werden. Wir wollen niedrigschwellige und unbürokratische Angebote für junge Menschen in Krisen fördern. Selbsthilfegruppen und Genesungsbegleiter:innen wollen wir finanziell besser unterstützen. Für erwachsene Menschen mit psychischen und geistigen Beeinträchtigungen wollen wir ein Kriseninterventionszentrum einführen.

Medizinischer Zugang für alle

Gute medizinische Versorgung muss für alle erreichbar sein, ohne Hürden und ohne Diskriminierung. Wir wollen das begonnene Präventionsprojekt in Regionen mit geringer Lebenserwartung praktisch umsetzen und das Konzept der Gesundheitskioske aufgreifen. Insbesondere die Gesundheitsversorgung von trans-, inter- und nicht binären Personen wollen wir verbessern. Für Wohnungslose fördern wir ein niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot. Wir werben weiter dafür, die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:innen in den Kreisen und kreisfreien Städten einzuführen.

Für die Barrierefreiheit von bestehenden Arzt- und Therapiepraxen starten wir ein Förderprogramm. Medizinische Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen (MZEB) bauen wir aus und vernetzen sie mit Angeboten vor Ort.

Gesundheitliche Auswirkungen der Klimakrise begrenzen

Die Klimakrise belastet zunehmend sowohl die Gesundheit der Menschen als auch das Gesundheitssystem. Wir werden den Landeshitzeaktionsplan weiterentwickeln und wollen die Kommunen verpflichten, eigene Hitzeaktionspläne zu erlassen und umzusetzen. Wir wollen außerdem Klimaanpassungsmaßnahmen der gesundheitlichen Einrichtungen und klimaneutrale Krankenhäuser voranbringen und fördern.

Ambulante Versorgung sichern

Die Menschen brauchen eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzt:innen im ganzen Land. In Regionen mit weiten Wegen zu medizinischen Einrichtungen setzen wir uns für Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z. B. Therapietaxis) und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort ein. Telemedizinische Angebote bauen wir aus. Wir wollen weiter Kommunen fördern, die Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen wollen. Zur niedrigschwelligen ambulanten Versorgung wollen wir “Community Health Nurses” einführen.

Wer sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheidet, muss eine angemessene Versorgung erhalten. Zur Behandlung von Endometriose fördern wir entsprechende Zentren.

Wir wollen auch die Behandlung von Long Covid, Post Vac und ME/CFS vorantreiben.

Durch eine Sensibilisierung der Ärzt:innen wollen wir auch die Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) und Post-Expositions-Prophylaxe (PeP) zum Schutz vor HIV und Aids erleichtern.

Gesundheitssystem solidarisch finanzieren

Wir wollen eine allgemeine Bürgerversicherung. Solange diese auf Bundesebene nicht umgesetzt wird, ermöglichen wir den Beamt:innen in Rheinland-Pfalz ein Wahlrecht für den Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

Regionale Gesundheitsplanung zur sektorenübergreifenden Versorgung

Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient:innen ausrichten. Wir GRÜNE wollen daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft einführen und regionale Modellprojekte zur sektorenübergreifenden Versorgung (“Gesundheitsregionen”) anstoßen – zunächst insbesondere in unterversorgten Regionen.

Notfallversorgung verbessern

Wenn Hilfe gebraucht wird, muss sie schnell sein. Dazu kann auch ein 24 Stunden einsatzbereiter Rettungshubschrauber mit Nachtflugtauglichkeit an einem geeigneten Standort beitragen. Die Krankenhäuser und die Kassenärztliche Vereinigung unterstützen wir beim Aufbau Integrierter Notfallzentren (INZ), sobald bundesgesetzliche Grundlagen dafür bestehen.

Gesundheitsfachberufe weiter schulgeldfrei

Die Gesundheitsfachberufe sind wichtig für viele begleitende Therapien. Die Ausbildung ist seit 2022 schulgeldfrei. Wir setzen uns dafür ein, dass das so bleibt und das Land weiter die Ausbildungskosten übernimmt, um den Bedarf an Fachkräften in diesen Berufen zu erfüllen.

Drogenpolitik

Wir stellen in der Drogenpolitik den Schutz von Gesundheit und Menschenwürde in den Mittelpunkt. Als GRÜNE setzen wir uns für Prävention, Aufklärung und wirksame Hilfsangebote statt Strafverfolgung ein.

Cannabis-Schwarzmarkt weiter austrocknen – Legalisierung zu Ende bringen

Die Teillegalisierung von Cannabis ist eine große Errungenschaft der vergangenen Bundesregierung mit GRÜNER Beteiligung. Die neuen Regeln unterscheiden klar zwischen Menschen ab 18 Jahren, für die der Konsum und Besitz in Grenzen legalisiert wurde, und Kindern und Jugendlichen, die durch klare Verbote und Abstandsregelungen geschützt werden. Damit konnte der Jugendschutz deutlich verbessert werden. In Rheinland-Pfalz haben wir das Cannabis-Gesetz mit einem moderaten Bußgeldkatalog und unbürokratischen Genehmigungen von Anbauvereinigungen umgesetzt. Die Teillegalisierung darf jedoch nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Nur durch die kontrollierte Abgabe von Cannabis in staatlich regulierten Abgabestellen kann der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden. Deshalb setzen wir uns für die schnellstmögliche Umsetzung der zweiten Säule der Legalisierung durch entsprechende Modellprojekte auch in Rheinland-Pfalz ein.

Niedrigschwellige Drogen- und Suchthilfe

Das Hilfs- und Beratungssystem für abhängige Menschen muss auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein, um gesundheitliche Risiken zu verringern. Daher wollen wir die niedrigschwelligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter ausbauen: Wir setzen uns für Spritzentauschprogramme, Drogenkonsumräume und Informationsmöglichkeiten ein. Insbesondere wollen wir dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und endlich auch in Rheinland-Pfalz Substanzanalysen (Drug-Checking) ermöglichen, um Menschen vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen. Gerade bei großen Festivals wie Rock am Ring oder der NatureOne braucht es eine Drug-Checking-Offensive des Landes. Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen wir stärken, insbesondere an den Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

Pflege, Leben im Alter

Professionelle Pflege stärken

Pflegekräfte haben eine umfassende professionelle Ausbildung und können mehr, als sie oft im Pflegealltag anwenden dürfen. Wir GRÜNE wollen diese Potenziale nutzen. Auch nicht-ärztliches Personal (z. B. die Advanced Practice Nurses) sollen ärztliche Tätigkeiten übernehmen können und ergänzende Angebote zur Weiterbildung erhalten.

Zur Verbesserung der Ausbildung setzen wir uns für neue Ausbildungsmodelle wie Teilzeitausbildung und duale Ausbildung sowie eine modulare, gut geförderte Weiterbildung ein. Bei der Pflegeassistenz muss endlich die bundeseinheitliche, modulare Ausbildung kommen. Wir bekennen uns zur Pflegekammer als Vertretung der professionellen Pflege. Um die notwendige Unterstützung unter den Pflegekräften zu bekommen, muss sie aber ihre Kommunikation und internen Abläufe verbessern. Weiterbildungsangebote für Pflegekräfte müssen zwischen Pflegekammer, Land und Arbeitgeber abgestimmt werden.

Wir GRÜNE setzen uns für eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Qualifikationen und eine bessere Sprachqualifizierung ausländischer Fachkräfte ein. Bei der Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland wollen wir die Arbeitgeber:innen unterstützen, zum Beispiel durch die Förderung von Integrationslots:innen für Auszubildende.

Die Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf den Bereich der Menschen mit Behinderungen ausdehnen (Assistenz und Dienste).

Pflegende Angehörige unterstützen

Ein Großteil der Pflegebedürftigen wird im häuslichen Umfeld von Angehörigen gepflegt. Wir GRÜNE wollen diese unterstützen und die ambulante Pflege sowie die Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege ausbauen. Auch Angebote wie Quartiersstützpunkte oder Nachbarschaftszentren wollen wir fördern. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Pflegezeit zur Freistellung von der Arbeit für pflegende Angehörige ein.

Vielfältige Pflege

Die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich auch in der älter werdenden Bevölkerung und unter den Pflegebedürftigen wider. Deshalb brauchen wir mehr Geschlechter-, LSBTIQ*- und kultursensible Angebote und Einrichtungen in der Pflege. Auch die Angebote ambulanter Pflege müssen sich an den verschiedenen

Bedürfnissen orientieren und eine größere Vielfalt wie Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall bieten.

Wir GRÜNE wollen eine verbindliche kommunale Pflegestrukturplanung und kommunale Pflegekonferenzen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Deckelung des Eigenanteils der Pflegekosten ein.

Vielfältiges Leben im Alter

Seit einigen Jahren erreicht die Boomer-Generation das Seniorenalter und die Zahl der über 65-Jährigen wächst stetig. Diese Menschen unterscheiden sich jedoch stark: in ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit, ihrer Gesundheit und ihren Interessen. Deshalb müssen die Angebote für diese Gruppe auf die unterschiedlichen Bedürfnisse angepasst sein. Wir setzen uns für ein entsprechendes Seniorenfördergesetz ein.

Integration

Migration und Integration: menschlich, klar, gerecht

Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Chance auf ein gutes Leben haben – egal, woher sie kommen. Wir öffnen Wege für Menschen, die bei uns leben und arbeiten möchten. Und wir begegnen Menschen, die bei uns Schutz suchen, mit Menschlichkeit und Weitblick. Wir wollen Integration, die im Alltag funktioniert.

Ankommen in Rheinland-Pfalz – gut organisiert und menschlich

In dieser Legislaturperiode haben wir ein verlässliches System geschaffen, das den Kommunen Sicherheit gibt und auch bei schwankenden Ankunftszahlen trägt. Damit haben wir gezeigt: gute Strukturen in der Aufnahme funktionieren. Darauf wollen wir aufbauen. Unser Ziel ist es, Integration von Anfang an noch besser zu gestalten, mit starker sozialer Begleitung vor Ort. Besonders wichtig ist uns, dass alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich Zugang zu Schule und Bildung erhalten. Denn Bildung schafft Struktur, eröffnet Perspektiven und gibt ein Stück Alltag zurück.

Integration aus einem Guss

Integration gelingt vor allem im Arbeitsmarkt, Einwanderung nur mit Integrationsmaßnahmen wie Sprach-und Welcome-Kursen und Asylrecht kann nur effizient durchgesetzt werden, wenn es rechtssicher und zentral organisiert ist.

Wir schaffen daher ein Landesamt für Integration, Einwanderung und Rückführungen. Damit übernehmen wir als Land Verantwortung, bündeln Kompetenzen an einer Stelle und entlasten die kommunalen Behörden langfristig in allen Bereichen der Integrationspolitik.

Integration beginnt im Alltag

Integration gelingt, wenn sie vor Ort passiert. Deshalb haben wir in allen Kommunen Integrationsmanager:innen eingeführt. Dieses Programm führen wir in enger Abstimmung mit den Akteur:innen vor Ort fort. Wir wollen, dass in Zukunft bei der Integration überall gute Standards gelten. . Dafür nehmen wir die Kooperationsstrategie Integration als Grundlage, um die Bedürfnisse der Menschen, die Integrationsarbeit vor Ort vorantreiben, zu erkennen und passgenaue Förderungen und Regelungen zu initiieren. Wir fördern niedrigschwellige Beratung im Alltag und setzen uns bei der Bundesregierung dafür ein, dass Familiennachzug wieder möglich wird. Denn nur wer keine Angst um Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen.

Sprache und Arbeit – Schlüssel zur Teilhabe

Sprache ist der Schlüssel zu Arbeit und sozialer Teilhabe. Deshalb haben wir mit dem „Haus der Sprachmittlung“ einen starken Standard gesetzt. Wir erwarten vom Bund, dass er die Sprachkurse bedarfsgerecht ausbaut, sodass alle einen schnellen Zugang bekommen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Kompetenzen frühzeitig erkannt und passende Qualifizierungen begonnen werden. Lehrkräfte sollen besser bezahlt werden. So stärken wir die Qualität von Anfang an. Auch berufsbegleitende Sprachkurse, mehr Kinderbetreuung und gezielte Angebote für geflüchtete Frauen erleichtern den Weg in Arbeit und fördern die soziale Teilhabe. Wir setzen uns dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden. Viele Geflüchtete mussten ihre Schule oder Ausbildung unterbrechen. Sie sollen die Chance bekommen, auch nach dem Ablauf der Schulpflicht verpasste Bildung nachzuholen.

Wir GRÜNE wollen, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf Bundesebene erhalten bleibt – mit Spurwechsel und klaren Bleiberechten für Menschen, die hier arbeiten oder eine Ausbildung machen möchten. Wer integriert ist und seinen Lebensunterhalt selbst bestreitet, soll nicht abgeschoben werden.

Schutz für besonders Betroffene

Viele Geflüchtete sind in besonderem Maße schutzbedürftig. Gefährliche Fluchtrouten und gewaltsame Konflikte im Herkunftsland tragen dazu bei. Deshalb haben wir die psychosoziale Versorgung in der vergangenen Legislaturperiode massiv gestärkt. Diese Unterstützung bauen wir weiter aus. So erkennen wir, wer

besondere Hilfe braucht und können frühzeitig Unterstützung anbieten. Geflüchtete Frauen wollen wir besser schützen, etwa durch neue Regelungen im Gewalthilfegesetz auf Bundesebene. Geschlechtsbezogene Gewalt wollen wir stärker in den Asylverfahren berücksichtigen. Dafür setzen wir uns für eine Regelung auf Bundesebene ein, damit geflüchtete Frauen und Kinder in Not in Rheinland-Pfalz eine sichere Zukunft haben. Wir stehen zum Instrument der Härtefallkommission und setzen uns weiter für die Akzeptanz des Kirchenasyls ein.

Demokratie durch Teilhabe stärken

Wer hier lebt, soll mitentscheiden dürfen. Deshalb kämpfen wir weiter für ein kommunales Wahlrecht für alle – unabhängig vom Pass. Und wir wollen, dass auch EU-Bürger:innen, die in Rheinland-Pfalz leben, bei Landtagswahlen wählen können.

Unterstützung für die Zivilgesellschaft

Wir stehen an der Seite von Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren. Gegen rechte Hetze, für ein Rheinland-Pfalz, das Vielfalt als Stärke versteht. Dieses Engagement stärken wir weiter, zum Beispiel mit Fortbildungen und Vernetzung.

Frauen und Gleichstellung

Für echte Gleichstellung

Wir fordern den Bund auf, das Ehegattensplitting endlich zu reformieren und durch ein gerechtes, individuelles Steuermodell zu ersetzen, da es Frauen strukturell benachteiligt und nicht mehr zu den Lebensrealitäten vieler Familien passt.

Wir wollen ein landesweites Programm „Entgeltgleichheit jetzt!“ zur Förderung von Unternehmen, die freiwillig Gehaltsanalysen durchführen und Lohnlücken, die sogenannte Gender Pay Gap, schließen. Hier können wir uns Beratungs- und Audit-Angebote, anlehnend an das ‚Logib-D‘, vorstellen. Wir flankieren dies durch die öffentliche Auszeichnung ‚Fair Pay RLP‘ für Unternehmen mit nachweislich gerechter Entgeltstruktur, als faire Arbeitgeber. Zudem wollen wir Projekte fördern, die die gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit in Familien stärken.

Gewalthilfegesetz konsequent und gemeinsam umsetzen

Der konsequente Schutz von Frauen vor Gewalt erfordert eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch der Frauenunterstützungseinrichtungen. Nach wie vor besteht das Problem, dass

stabilisierte Frauen das Frauenhaus nicht verlassen können, weil sie keine Wohnung finden. Beim Ausbau der Frauenhäuser haben wir große Fortschritte gemacht und insbesondere mit der Einrichtung von Second-Stage-Wohnungen dafür gesorgt, dass Frauen, die das Frauenhaus verlassen wollen, eine Übergangsmöglichkeit auf dem Weg zurück in die Eigenständigkeit zur Verfügung steht. Den Ausbau sowohl der Frauenhäuser als auch der Second-Stage-Wohnungen werden wir fortführen. Das Gewalthilfegesetz der Ampelregierung sichert betroffenen Frauen ab dem 1. Januar 2032 bundesweit einen individuellen Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung zu. Wir GRÜNE setzen uns uneingeschränkt für eine konsequente Implementierung des Gewalthilfegesetzes ein. Dabei berücksichtigen wir die Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen wie wohnungsloser Frauen, Frauen mit Behinderung, geflüchteter Frauen, trans* Frauen und Frauen in der Prostitution. Darüber hinaus muss der Gewaltschutz im Familienrecht verankert werden. Gewaltschutzmassnahmen sind zwar bereits über das Gewaltschutzgesetz im Familienrecht anwendbar, doch es ist wichtig, entsprechende Maßnahmen im familiengerichtlichen Verfahren umfassender zu verankern. So können wir besonders Frauen und Kinder wirksamer vor häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt schützen.

Gewalt vorbeugen durch Jungenbildung

Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik. Eine umfassende Gleichstellungspolitik stärkt sozialen Zusammenhalt. Davon profitieren Frauen und Männer gleichermaßen. Sie betrifft alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Junge Menschen erleben zugleich eine zunehmende Verrohung in sozialen Netzwerken, ein Erstarken antifeministischer Tendenzen und eine Erosion demokratischer Grundwerte, für die insbesondere Jungs und junge Männer anfällig sind. Hier wollen wir früh ansetzen, auch um der gesellschaftlichen Spaltung zwischen jungen Männern und jungen Frauen entgegenzuwirken. Die Stärkung von Demokratiekompetenz und Konfliktlösungsfähigkeit ist der effektivste Schutz vor späterer Gewalt. Deshalb wollen wir Jungenbildung stärken und Gewalt vorbeugen. Sexualaufklärung soll junge Menschen stärken – mit einem Fokus auf Selbstbestimmung statt Klischees.

Frauengesundheit fördern

Wir machen uns für bessere Zugänge zu Schwangerschaftsabbrüchen stark und setzen uns auf Bundesebene weiter für die Abschaffung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch ein. Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche sollen rechtmäßig und nicht nur straffrei sein. Ebenso wollen wir freien Zugang zu Periodenartikeln ermöglichen sowie flächendeckend kostenfreie Verhütungsmittel.

Antidiskriminierung

Gleiche Rechte und Schutz vor Diskriminierung

Wir wollen, dass alle Rheinland-Pfälzer:innen – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder Alter – sich in allen Lebensbereichen frei entfalten können. Das gilt für ihren Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder im öffentlichen Raum. Deshalb greifen wir mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz dort ein, wo Menschen bislang nicht ausreichend geschützt wurden und geben ihnen konkrete Möglichkeiten, sich konsequent zu wehren. Wir wollen den Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortführen, evaluieren und weiterentwickeln. Er ist ein wichtiges Werkzeug zur Vernetzung, zur Stärkung von Strukturen und Entwicklung neuer Ideen und Ansätze. Langfristig streben wir die Einrichtung einer unabhängigen Landesantidiskriminierungsstelle mit Klagerecht an, um strukturelle Benachteiligungen effektiv anzugehen.

Beratung, Prävention und konsequentes Handeln

Wir bauen die Beratungsstellen gegen Diskriminierung im Land aus – barrierefrei, unabhängig und mehrsprachig. Wir fördern Vielfalt in der Verwaltung, damit sie die Gesellschaft besser abbildet. Wir sichern Projekte, die die Bildung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Kitas, Schulen, Jugendzentren und in der Polizei stärken. Menschenfeindliche Vorfälle richten sich nicht nur gegen Einzelne. Sie gefährden unser gesellschaftliches Miteinander sowie unsere Demokratie und verletzen die Menschenrechte . Die Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz wollen wir deshalb in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen. Jeder gemeldete Vorfall trägt dazu bei, das Dunkelfeld weiter aufzuhellen. Damit Betroffene schnell die richtige Hilfe bekommen, wollen wir den digitalen Beratungskompass kontinuierlich weiterentwickeln.

Für Respekt, Glaubensfreiheit und ein friedliches Miteinander

Für uns GRÜNE ist klar, der Islam gehört zu Rheinland-Pfalz und muss in Schulen, auf Friedhöfen sowie bei den Feiertagsregelungen stärker berücksichtigt werden. Aus diesem Grund haben wir erstmals rechtsstaatlich verankerte Rahmenbedingungen geschaffen. Wir haben auch unsere Unterstützung für die jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz spürbar verstärkt. Damit zeigen wir: Jüdisches Leben gehört selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus haben bei uns keinen Platz. Die Beauftragten der Landesregierung für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen genauso wie für Antiziganismusfragen wollen wir weiterführen und stärken. Religiöse Vielfalt ist kein Problem, sondern Teil der Lösung für ein friedliches Zusammenleben.

Queerpolitik

Schutz und Prävention ausbauen

Gewalt gegen queere Menschen nimmt auch in Rheinland-Pfalz in erschreckendem Ausmaß zu. Wir verteidigen unsere queerpolitischen Errungenschaften gegen den wachsenden Druck von rechts. Den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ werden wir fortschreiben. Darüber hinaus fordern wir Queere Zentren in allen Oberzentren. Auf Landesebene wollen wir den Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität als eine eigenständige Stelle noch selbstständiger machen.

Unser bildungspolitisches Projekt “SCHLAU” für Aufklärungsveranstaltungen im ganzen Land wollen wir stärken und den Sexualkundeunterricht an Schulen modernisieren, damit Vielfalt von Anfang an ihren Platz hat. Unsere Fortbildungsangebote zum Thema Familienvielfalt wollen wir verstetigen,die Beratungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen unterstützen und ausbauen. So wollen wir auch die Beratung für queere Menschen bei der Polizei weiter ausbauen und weitere Ansprechstellen bei der Justiz einrichten.

Queere Netzwerke stärken

Die vielen, oft ehrenamtlichen Organisationen sowie die kommunalen Queerbeauftragten wissen wir auch in Zukunft als starke Partner:innen an unserer Seite zu schätzen und bieten weiter einen engen Austausch und Unterstützung durch das Land. Denn gerade jetzt gilt: Zusammenhalt statt Wegducken.